SABINE BRAUER / BRÄUER PHOTOS

Ex-Minister Eichel*: *Düstere Prognose*

heftiger Mahnungen – nicht gebildet. Hans Eichel selbst hatte noch als Ministerpräsident in Wiesbaden 1997 eine Prognose der künftigen Pensionslasten ausarbeiten lassen: Bis zum Jahr 2020 werde sich die Zahl der lebenslang vom Land zu alimentierenden Versorgungsempfänger „in etwa verdoppeln“. Der düstere Bericht warnte vor der „völligen Handlungsunfähigkeit von Regierung und Parlament“. In ihrer neuesten Finanzplanung hat die inzwischen vom CDU-Mann Roland Koch geführte hessische Landesregierung diese Zahlen exakt bestätigt.

Die Pensionsfalle, über die Politiker nun klagen, ist selbst gestellt: Weil für Beamte keine Sozialabgaben abgeführt werden müssen, wurde in einigen Ländern munter drauflosverbeamtet. Während Angestellte am Ende an die Rentenversicherung verwiesen werden, muss sich der Staat um seine Ex-Beamten direkt kümmern. Im Ruhestand werden künftig lebenslang noch 71,75 Prozent der vorherigen Dienstbezüge ausbezahlt.

Dazu belastet ein aufwendiges Beihilfesystem die Haushalte. Die langlebigen Ruheständler können, wie zu ihrer aktiven Zeit, für sich und ihre Familienmitglieder je nach Bundesland und Familienstand weiterhin 50 bis 85 Prozent ihrer Arzt- und Krankenhauskosten direkt vom Staat begleichen lassen – mitunter im feinen Privatversicherten-Status, inklusive Chefarztbehandlung.

Damit die Rundum-sorglos-Lösung die öffentlichen Kassen wenigstens nicht bis in alle Ewigkeit belastet, steuern nun einige Länder um – und nutzen den neuen Spielraum, den sie vor allem seit Inkrafttreten der Föderalismusreform I haben. Sachsen-Anhalt etwa prüft, ob sich Pensionshöhen an normale Renten koppeln lassen; Baden-Württemberg will Pensionären das Weihnachtsgeld kürzen.

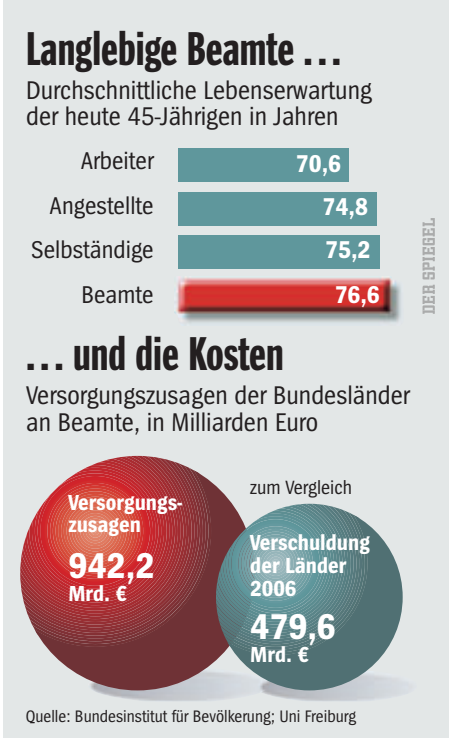
Die Einschnitte führen schon jetzt zu Protesten – dabei werden sie nicht ausreichen. Selbst nach 2030, so hat Ingolf Deubel (SPD), Finanzminister von Rheinland-Pfalz errechnet, werden die Pensionslasten im Westen noch steigen. Der Grund ist simpel: Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wurde der Beamtenapparat in Westdeutschland extrem aufgebläht – vor allem in Schulen und Hochschulen.

Es braucht deshalb andere Konzepte – wenigstens für die Neuzugänge. Mehrere Bundesländer haben inzwischen Fonds geschaffen und legen Geld für die zukünftigen Pensionäre zurück. Doch arme Landesregierungen sind damit überfordert. Rund fünf Milliarden Euro müsste das klamme Saarland abzweigen, um auf die künftigen Pensionsleistungen vorbereitet zu sein. „Wie finanzieren wir das denn?“, fragt Landesfinanzminister Peter Jacoby (CDU) ratlos – das sei doch allenfalls über weitere Kredite möglich.

Der einzige Weg aus der Falle ist deshalb der weitgehende Verzicht auf Verbeamtungen – wie das Beispiel Sachsen zeigt. Dort kommen auf 1000 Einwohner gerade mal 7 Beamte. In Nordrhein-Westfalen sind es mehr als doppelt so viele. Den Lohn der Sparsamkeit kassiert nun Dresdens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU). Beim Zusammentreffen der zweiten Föderalismuskommission strotzte er vor Selbstbewusstsein, fast so, als regierte er ein Geberland.

Matthias Bartsch, Barbara Schmid, Andreas Wassermann

* Mit Ehefrau Gabriela in der Frankfurter Festhalle beim Ball des Sports 2006.



GENTECHNIK

Aids im Bienenstock

Deutsche Imker klagen über ein geheimnisvolles Bienensterben – in den USA wächst sich ein ähnliches Phänomen schon zur Katastrophe aus.

Walter Haefeker ist ein Mann, der häufig düstere Szenarien zeichnet. Das liegt daran, dass der Bayer im Vorstand des Deutschen Berufs und Erwerbs Imkerbunds (DBIB) sitzt und Vizepräsident des Europäischen Berufsimkerverbandes ist. Und weil für Lobbyisten das Jammern zum Handwerk gehört, sieht er schon von Amts wegen „die Imkerei in ihrer Existenz bedroht“.

Schuld sei die aus Asien eingeschleppte Varroamilbe, schuld sei die Landwirtschaft, die Wildblumen wegspritze und auf Monokulturen setze – und schuld sei womöglich eine umstrittene Entwicklung: der vermehrte Einsatz von Gentechnik auf den Feldern.

Schon 2005 schloss Haefeker seinen Artikel im „Kritischen Agrarbericht“ mit einem Zitat, das Albert Einstein zugeschrieben wird: „Wenn die Biene von der Erde verschwindet, dann hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, keine Menschen mehr.“

Die apokalyptische Gleichung gewinnt seit Monaten auf mysteriöse Weise an Aktualität. Denn in ganz Deutschland verschwinden derzeit Bienenvölker auf ungeklärte Art – was einstweilen nur die Imker schädigt. In den USA jedoch findet derzeit ein dramatisches Massensterben von Bienen statt, das schon bald wirtschaftlich bedrohliche Ausmaße annehmen könnte. Die Ursachen sind bislang völlig ungeklärt. Aber manche Experten mutmaßen, dass auch der massive Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen in den USA eine Rolle spielen könnte.

Fast zwölf Prozent Schwund bei den lokalen Bienenvölkern im vergangenen Jahr meldete etwa Felix Kriechbaum vom Oberbayerischen Imker-Bezirksverband vorige Woche. Wenn „Bienenvölker spurlos verschwinden“, seien die Ursachen schwer zu untersuchen: „Die Biene stirbt meist nicht im Kasten.“ Viele Krankheiten seien dafür verantwortlich, dass Bienen die Orientierung verlieren und nicht mehr in den heimischen Stock zurückfinden.

DBIB-Präsident Manfred Hederer meldete fast zeitgleich für das Bundesgebiet einen Rückgang der Bienenvölker um satte

25 Prozent. In Einzelfällen seien sogar Ausfälle von bis zu 80 Prozent registriert worden. Hederer spekuliert, dass „ein besonderes Gift, irgendein Wirkstoff, den wir nicht kennen“, die Bienen töte.

Mit solchen Warnungen und ihren Sorgen stoßen die Imker bei Politikern bislang meist auf wenig Interesse. Man hört sie an, wie im Vorfeld des Ende Februar vom Kabinett verabschiedeten Gentechnik-Eckpunkte-Papiers von Landwirtschaftsminister Horst Seehofer – und ignoriert weitgehend ihre Klagen.

Auch wenn Imker, wie jüngst geschehen, gemeinsam mit dem Demeter-Bund und anderen gegen den Anbau genmanipulierter Maispflanzen vor Gericht ziehen, können sie von einem Medienecho, wie es Greenpeace bei Protesten an Versuchsfeldern verbuchen kann, nur träumen.

Das aber könnte sich bald ändern. Denn in den USA ist seit November vergangenen Jahres ein dramatischer Bienenschwund zu beobachten, der alle bisher bekannten Massensterben in den Schatten stellt: Mehr als 70 Prozent ihrer Bestände an der Ostküste, klagen Imker, seien seit Ende vergangenen Jahres verlorengegangen. An der Westküste sind es bis zu 60 Prozent.

Die „New York Times“ rechnete Ende Februar auf ihren Business-Seiten vor, welcher Schaden der amerikanischen Landwirtschaft droht, wenn Bienen fehlen: Auf mehr als 14 Milliarden Dollar schätzen Experten der Cornell University (Bundesstaat New York) den von Bienen erwirtschafteten Wert – durch die Bestäubung von Obst- und Gemüsepflanzen, von Mandelbäumen oder von Viehfutter wie Klee.

Deshalb gilt „Colony Collapse Disorder“ (CCD), wie Wissenschaftler das mysteriöse Phänomen nennen, mittlerweile als eine Art nationale Katastrophe. Verschiedene Universitäten und Behörden, die in einer „CCD Working Group“ nach den Ursachen suchen, tappen bislang im Dunkeln, reden aber – wie Dennis vanEngelsdorp – bereits von einem möglichen „Aids der Bienenindustrie“.

Sicher ist: Millionen Bienen sind einfach weg. In ihren Stöcken findet sich meist nur noch die dem Tod geweihte zurückgelassene Brut. Tote Bienen sind nirgendwo zu finden. Nicht in den Stöcken und auch nicht davor. „Äußerst alarmierend ist“, so Diana Cox-Foster, Mitglied der CCD Working Group, dass das Sterben mit Symptomen einhergehe, „die so bisher noch nie beschrieben wurden“.

So lassen sich bei den wenigen überlebenden Bienen, die nach dem Verschwinden ihrer Artgenossen noch in den Stöcken gefunden wurden, oft nahezu alle bekannten Bienenviren auf einmal nachweisen. Manche litten an fünf bis sechs Infektionen gleichzeitig und waren überdies von Pilzen befallen – für die Experten ein Hinweis, dass das Immunsystem der Insekten zusammengebrochen sein könnte.

Überrascht hat die Forscher auch, dass die verlassenen Stöcke von Bienen und anderen Insekten meist unbehelligt bleiben. Normalerweise werden die Honig- und Pollenvorräte von Kolonien, die etwa in kalten Wintern eingegangen sind, von Nachbarvölkern oder Parasiten ausgeraubt. „Das legt den Schluss nahe“, so Cox-Foster, „dass da etwas Giftiges in den Kolonien ist, dass die anderen fernhält.“

Imker-Funktionär Haefeker spekuliert, dass – „neben einer Reihe anderer Faktoren“ – auch die Tatsache eine Rolle spielen könnte, dass in Amerika mittlerweile 40 Prozent der Maisanbaufläche mit genmanipulierten insektenresistenten Pflanzen bestückt sind – in Deutschland sind es erst 0,06 Prozent, viele davon in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Aus diesem Grund hat Haefeker einem Forscher der CCD Working Group jetzt Informationen über einen Versuch mit Bienen zukommen lassen, der ihm schon lange als Indiz für einen möglichen Zusammenhang zwischen Gentechnik und Bienenkrankheiten gilt.

Dabei geht es um ein kleines Forschungsprojekt der Universität Jena in den Jahren 2001 bis 2004. Die Thüringer Wissenschaftler untersuchten, wie die Pollen genmanipulierter Pflanzen („Bt-Mais“) auf Bienen wirken. Dem Mais war ein Gen eines Bodenbakteriums eingesetzt worden, dank dessen die Pflanzen einen für Schadinsekten giftigen Wirkstoff produzieren können.

Eine „toxische Wirkung von Bt-Mais auf gesunde Honigbienenvölker“, so das Ergebnis der Studie, konnte zwar „nicht nachgewiesen werden“. Doch als die Versuchsbienen dann noch zufällig von einem Parasiten befallen wurden, zeigte sich Gespenstisches: Bei den mit einem hochkonzentrierten Bt-Gift-Müsli gefütterten Tieren kam es, so die Jenaer Studie, „signifikant stärker“ zu einer „Abnahme der Zahl an Bienen“.

Womöglich, so der Hallenser Professor Hans-Hinrich Kaatz, der die Versuche leitete, habe das Bakteriengift im Genmais „die Darmoberfläche der Bienen verändert und die Bienen dadurch so geschwächt, dass der Weg für die Parasiten frei war – vielleicht aber war es auch umgekehrt, wir wissen es nicht“.

Die Konzentration des Giftes war im Versuch freilich zehnmal höher als in normalen Bt-Maispollen. Überdies sei das Müsli den Bienen über einen recht langen Zeitraum von sechs Wochen verabreicht worden.

Dennoch hätte Kaatz das Phänomen gern weiter erforscht, jedoch mangelte es an der Finanzierung. „Diejenigen, die das Geld haben, haben an solchen Forschungen kein Interesse“, sagt der Professor, „und die, die daran Interesse haben, haben kein Geld.“

GUNTHER LATSCH

UTE SCHMIDT / BILDFOLIO (L.); A. RIEDMILLER / DAS FOTOARCHIV (R.)

Greenpeace-Protestaktion (an einem Genmais-Versuchsfeld in Hessen), Bienenvolk: *„Etwas Giftiges in den Kolonien“*